

Nein zur „Durchsetzungsinitiative“

Die vom Volk angenommene Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer wird umgesetzt. Die Parlamente haben die entsprechenden Gesetze beschlossen. Bereits vor Ablauf der Umsetzungsfrist wurde die sogenannte „Durchsetzungsinitiative“ eingereicht.

Die „Durchsetzungsinitiative“ ist nicht nötig und nicht verhältnismässig.

Die Initiative unterscheidet nicht zwischen Ausländern, die hier zur Welt kamen und aufgewachsen sind und jenen die erst vor kurzem in die Schweiz kamen. Automatisch soll ausgeschafft werden wer innert 10 Jahren zwei Bagatelldelikte begeht, wie ein geringes Betäubungsmitteldelikt und ein Verkehrsdelikt. Das ist nicht verhältnismässig und widerspricht dem schweizerischen Rechtssystem. Es widerspricht auch dem Abkommen zur Personenfreizügigkeit und schwächt somit die Verhandlungsposition der Schweiz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Die Schweizer Wirtschaft kann in dieser, wegen der Frankenstärke schwierigen Zeit nicht noch mehr Unsicherheiten bezüglich des Marktzugangs in Europa gebrauchen. Um kriminelle Ausländer des Landes zu verweisen ist die Initiative nicht notwendig. Stimmen Sie darum NEIN.

Andreas Seiler, Einwohnerrat FDP.Die Liberalen